

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eward Steinhilber, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Zusätze für die hiergespaltene Beitzelle oder deren Raum 1 Mk.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pf.
Versammlungsanzeigen 80 Pf.

Reichstagsarbeit.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Wk. Dem letzten Tagungsabschnitt des Reichstages haben die hochpolitischen Kämpfe, die sich um die Kriegsziele drehen, das Gepräge gegeben. Die Mehrheit des Reichstages steht seit dem 19. Juli d. J. auf dem Standpunkt, den die politische geschulte Arbeiterschaft Deutschlands seit Beginn des Krieges vertritt, daß eine Verständigung der am Kriege beteiligten Völker zu erstreben sei, die jede politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigung eines Volkes ausschließt. Der junge österreichische Kaiser hat schon in der Thronrede, mit der er Ende Mai den Reichstag eröffnete, die Formel geprägt, daß der Krieg nur durch die wechselseitige Anerkennung einer ruhmvoll verteidigten Machtstellung beendet werden könne, und daß das künftige Leben der Völker frei sein müsse von Groß und Nachbedarf. Das war ein einflussvolles Wort.

Obgleich nun jeder weitere Kriegstag neue Belege dafür liefert, daß es keinen anderen als diesen Weg zur Befreiung der Menschheit von der Geißel des Weltkrieges gibt, ist in Deutschland eine Gruppe einflussreicher Eroberungspolitik bei der Arbeit, um die Regierung vor ihren Karren zu spannen und in den offenen Konflikt mit der Reichstagsmehrheit hineinzutreiben. Unsicher, zaghaft und nicht ohne fanstern Druck der Vertreter der Mehrheitsparteien hat sich der Reichskanzler Michaelis mit den Lippen zu den Kriegsziele der Reichstagsmehrheit bekannt. Wie sein Herz dazu steht, ist noch sehr zweifelhaft. Die mit dem Gelde der großen Kriegsgewinner betriebene Agitation der neuen Vaterlandspartei, die auch ins Heer hineingetragen wurde, zielt darauf ab, die Regierung wieder herumzureißen und in den Dienst der phantastischen Welteroberungsziele zu stellen. Gegen diese Agitation, zu der auch öffentliche Gelder verwendet und amtliche Würden und Einflüsse mißbraucht werden, richtete sich ein kraftvoller Gegenstoß der sozialdemokratischen Fraktion. Die Erklärungen der Regierungsvertreter waren in der Form verlegend für den Reichstag, in der Sache unbestimmt und unklar. Dazu kam noch, daß der Reichskanzler und der Staatssekretär des Reichsmarineamts schwere Dienstvergehen einer Anzahl Matrosen der deutschen Kriegsflotte der ganzen Partei der unabhängigen Sozialdemokraten zur Last zu legen und diese Partei dafür zu ächten versuchten. Da die persönlich angegriffenen Vertreter dieser Partei jedwede Verantwortung für die Dienstvergehen feierlich ablehnten, und da von der Regierung nicht der Schatten eines greifbaren Beweises für ihre Verdächtigungen erbracht werden konnte, gerieten die Regierungsvertreter hart ins Gedränge.

Der große Redekampf schloß unter dem Eindruck der breiten Öffentlichkeit, daß die Regierung Michaelis nicht befähigt sei zur Führung der Reichsgeschäfte in dieser für die Zukunft des deutschen Volkes so hochernsten Zeit. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages führte das dem Kanzler Michaelis sofort durch eine vom Abg. Ebert abgegebene Erklärung deutlich zu Gemüte. Die übrigen zur Mehrheit zählenden Fraktionen ließen gleichfalls keinen Zweifel darüber, daß sie in Herrn Michaelis nicht den Tüchtigsten erblickten, der an die Spitze der Reichsregierung gestellt zu werden verdient.

So befinden wir uns nach einer schlecht bestandenem Probezeit des neuen Kanzlers von einem Vierteljahr bereits wieder in einer Kanzlerkrise. Eine befriedigende Beilegung derselben ist nur möglich durch Berufung eines Reichsleiters, der mit dem notwendigen politischen und diplomatischen Geschick die ehrliche Absicht verbindet, in vertrauensvoller Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Reichstages auf einen baldigen Frieden hinzuarbeiten, der kein Volk demütigt und für die Zukunft an die Stelle der brutalen Gewalt das Recht setzt.

Unter den widersprechenden Kräften innerhalb der Reichsregierung darf der neue Staatssekretär des Auswärtigen, v. Kühlmann, als derjenige angesprochen werden, der auf Grund seiner Welterfahrung die Gefahren eines Schwertfriedens richtig erkannt hat und daher für einen Frieden des Rechts eintritt. v. Kühlmann erklärte unter lebhafter Zustimmung der großen Mehrheit des Reichstages, daß nach seiner Ueberzeugung heute eine Verständigung über alle Fragen, die unter den Kriegführenden strittig sind, erzielt werden könne, nur müßten die Franzosen auf ihren von den Engländern unterstützten Plan verzichten, Elsaß-Lothringen Deutschland wieder zu entreißen. Freiwillig werde Deutschland diese deutschen Gebiete niemals herausgeben. Aus dieser Erklärung ist zu entnehmen, daß der Staatssekretär des Auswärtigen nicht an Eroberungen deutscherseits denkt und die volle Wiederherstellung Belgiens nicht ablehnt. Man sollte meinen, daß die gegnerischen Völker sich genau so wie die große Mehrheit des deutschen Volkes auf diesen Boden stellen und so bereit sein könnten, dem Völkervertrag ein Ende zu machen. Wenn das immer noch nicht geschieht, so liegt der Grund dafür darin, daß das französische, das englische, das russische und das italienische Volk die Wahrheit über die Stellung des deutschen Volkes zu den Kriegsziele nicht erfährt.

Die erregten Auseinandersetzungen über diese hochwichtigen Fragen haben die Zeit des Reichstages und das Interesse der Öffentlichkeit in so starkem Maße in Anspruch genommen, daß eine Reihe von Fragen, die für die Arbeiterschaft von großer praktischer Bedeutung ist, nicht die gebührende Beachtung fand. Da steht in erster Linie die Frage der Unterstützung der Kriegerfamilien. Wir treten in den vierten Kriegswinter ein. Die Staatsgewalt hat sich außerstande erwiesen, den Kriegswucher, der alle Dinge des täglichen Bedarfs erfasst hat, zu begrenzen. Dann soll sie aber wenigstens die Familien der Kriegsteilnehmer vor der bittersten Not schützen. Die Sozialdemokratie beantragte daher, die Reichsunterstützung für bedürftige Kriegerfrauen von 20 auf 30 Mk., für Kinder von 10 auf 20 Mk. monatlich zu erhöhen. Trotz alles Klagens des Reichschatzsekretärs über die finanzielle Wirkung dieses Antrages fand derselbe mit einer kleinen Abschwächung die Zustimmung des ganzen Hauptausschusses, und die Regierung wird sich nun baldigst entschließen müssen, dem einmütigen Verlangen aller Reichstagsparteien Rechnung zu tragen.

Sodann bildeten die berechtigten Beschwerden unserer Feldgrauen wieder den Gegenstand ausgiebiger Besprechung. Die Behandlung, Verpflegung und Befolgung der Mannschaften sind längst von der Sozialdemokratie als in hohem Grade verbesserungsbedürftig bezeichnet, und es sind früher schon zahlreiche Anträge in diesem Sinne gestellt worden. In der Behandlung sind auch manche Besserungen erreicht worden. In bezug auf die Verpflegung sind die besonderen Unteroffiziersküchen im Felde aufgehoben worden. Die wirksamste Besserung für die Mannschaften würde aber erreicht werden, wenn auch die Offiziere aus der Mannschafstliche gespeist würden. Leider ist dafür eine Mehrheit im Reichstag nicht zu erreichen. Dagegen ist endlich nicht nur eine Mehrheit, sondern Einstimmigkeit erreicht worden für eine Verbesserung der Mannschafstbesoldung. Zwar soll diese nicht in dem Maße erfolgen, in dem es früher schon des öfteren von den Sozialdemokraten gefordert wurde, aber es soll nun wenigstens die Vöhnung erhöht werden. Unteroffiziere sollen nach 18 Monaten Kriegsdienstzeit 20 Prozent Zulage erhalten. Die Vöhnung der Gemeinen soll um 20 Prozent steigen, wenn die Dienstzeit ein Jahr übersteigt, um 40 Prozent nach zwei Jahren und um 60 Prozent nach dreijähriger Dienstzeit. Dieser Beschluß ist freilich noch nicht Gesetz. Der Bundesrat, d. h. in diesem Falle Reichschatzamt und Heeresverwaltung, haben noch zuzustimmen. Da es sich aber um einen einstimmigen Beschluß handelt, wird er nicht einfach mißachtet werden können.

Weiter ist die Heeresleitung durch einstimmigen Beschluß aufgefordert worden, für die Dauer des Krieges den Soldaten ein Recht auf Urlaub in regelmäßigen Zeitabschnitten einzuräumen. Damit soll der Begünstigung auf Grund von Wohlverhalten entgegengewirkt werden, über die nicht selten geklagt wird. Nicht minder wichtig sind die Beschlüsse, die die Entlassung der Jahrgänge 1869 und 1870 verlangen und in den Fällen, in denen Vater und Sohn an der Front stehen, dem Vater das Recht einräumen wollen, seine Zurückziehung von der Front zu beantragen. Ferner wird durch Beschluß verlangt, daß den Mannschaften alle Vierteljahr über die Verwaltung der Kantinen die Rechnung bekanntgegeben, daß die Ueberflüsse in bar unter die Mannschaften zu verteilen und zu anderen Zwecken nicht zu verwenden sind.

Bedeutung sind weiterhin die Venderungen, die in der Verwaltung des Reichsamts des Innern unter Zustimmung des Reichstages vor sich gehen. Der bisherige Staatssekretär des Innern scheidet aus diesem Amte aus und übernimmt nur die allgemeine Stellvertretung des Reichskanzlers. Der Wunsch war weit verbreitet, daß der Herr ganz aus der Regierung ausscheiden möchte. Die Kräfte, die ihn hielten, waren aber stärker. Von dem umfangreichen Reichsamt des Innern wird ein Reichswirtschaftsamt abgezweigt, das auch die Sozialpolitik pflegen soll. Die Leitung dieses Amtes übernimmt der bisherige Straßburger Bürgermeister Dr. Schwander, der den Ruf eines freiwilligen Sozialpolitikers genießt. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte eine Dreiteilung des großen Reichsamts des Innern in der Weise, daß von der allgemeinen Wirtschaftspolitik die Sozialpolitik wieder abgesondert und in einem Reichsarbeitsamt organisiert werde. Sie verspricht sich davon eine wirksamere Förderung der Sozialpolitik, als wenn sie mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik verquirit wird. Die Mehrheit des Reichstages beschrankte sich jedoch auf die Zweiteilung. Die Leitung des verkleinerten Reichsamts des Innern liegt künftig in den Händen des bisherigen Oberbürgermeisters von Köln, Wallraf.

Ermahnt zu werden verdient ferner eine vom Reichstag beschlossene Aenderung des Gewerbegerichtsgesetzes, durch die die zahlreichen Lücken unter den Gewerbegerichtsbeisitzern ausgefüllt und die Gewerbegerichte arbeitsfähig erhalten werden sollen. Von einer Neuwahl der Richter soll während des Krieges abgesehen, die Beisitzer sollen vielmehr auf Grund der Vorschläge der wirt-

schafflichen Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer ernannt werden.

Mag diese Tagung des Reichstages in manchen Punkten wieder unbefriedigt lassen, sie hat doch wieder gezeigt, daß die Arbeitervertretung, wenn sie mit Klugheit und Entschlossenheit auftritt, ihren Einfluß auf die Geschicke des Volkes zu steigern vermag.

Zur Beitrags- und Unterstützungsfrage.

Zur Frage der Arbeitslosenfürsorge bringt die „Holzarbeiter-Zeitung“ in Nr. 40 sehr zeitgemäße Anregungen, die um so beachtenswerter sind, als im Kreise der Kollegen teilweise noch sehr rückständige Ansichten auf diesem Gebiete zutage treten. Zum Beweis genügt es, auf einen Beschluß der Mitgliedschaft der Zahlstelle Düsseldorf zu verweisen, der am 24. April gefaßt wurde (siehe „Holzarbeiter-Zeitung“ Nr. 18). Es handelte sich dabei um einen Antrag der Lokalverwaltung, den örtlichen Zuschlag zur Kranken- und Arbeitslosenunterstützung wieder einzuführen, weil infolge der Leunungsverhältnisse der vom Verband gewährte Unterstützungsbeitrag allein unzureichend sei.

Sonderbarerweise wollte ein Teil der Mitglieder den Lokalzuschlag aber nur zur Krankenunterstützung gewähren, zur Arbeitslosenunterstützung aber nicht, mit der Begründung: „Wer jetzt arbeitslos ist, der will nicht arbeiten, braucht also auch keinen Lokalzuschlag.“ Leider wurde diese Beschränkung bei der Abstimmung wirklich angenommen.

Diese Kennzeichnung der Arbeitslosen in Bausch und Fogen als Arbeitscheue ist ganz entschieden zu mißbilligen, denn nach § 43, Abs. a des Statuts hat die Verwaltung ohnedies schon das Recht, die Arbeitslosenunterstützung vorzuenthalten, wenn Mitglieder „sich grundlos weigern, eine ihren Fähigkeiten entsprechende und zu ortsüblichen Bedingungen angebotene Arbeit anzunehmen“. Allerdings bezieht sich die von der Zahlstelle Düsseldorf beschlossene Beschränkung nur auf den Lokalzuschlag, nicht aber auf den vom Verband gewährten Unterstützungsbeitrag. Doch ist es sehr naheliegend, daß ein feinfühligere Kollege lieber auch noch auf diesen verzichtet, weil er von vornherein weiß, daß er bei der Meldung und der Kontrolle doch nur als Faulenzer angesehen wird.

Doch abgesehen davon, daß der erwähnte Beschluß zu Unrecht besteht, ist ja kaum anzunehmen, daß bei der herrschenden von Tag zu Tag steigenden Leunung ein ordentlicher Kollege nur deshalb nicht arbeiten will, um mit 10 oder 14 Mk. Verbandsunterstützung ein Schlemmerleben zu führen. Aber auch ein wirklich Arbeitscheuer wird sich hüten, zum Verband zu gehen, um nach absolvierter Karenzzeit die Unterstützung zu erheben; ihm würde schon die Kontrolle des Verbandes viel zu lästig werden. Außerdem liegt ja die Sache ganz anders. Gerade die zielbewußten Verbandsmitglieder sind am meisten der Gefahr ausgesetzt, beim Arbeitswechsel mit der Einstellung längere Zeit übergangen zu werden als andere. Das hat sich auch beim Kriegsausbruch deutlich gezeigt, wo die Arbeitscheuen vom Schläge der Hingegarde in die bestbezahlten Stellen einrückten, während zielbewußte Verbandsmitglieder vergeblich Umschau nach Arbeit hielten.

Vergleichen sollte man eigentlich unter Arbeitern nicht erst lang und breit zu erörtern brauchen, daß dies aber doch noch notwendig ist, zeigt nicht nur der Beschluß unserer Zahlstelle. Auch die Stimmen zur Frage der Beitrags-erhöhung haben oft verwandte Gedanken zutage gefördert. Und wenn die „Holzarbeiter-Zeitung“ in Nr. 40 einleitend schreibt: „Die Unterstützung der Arbeitslosen aus öffentlichen Mitteln ohne Beeinträchtigung ihrer politischen Rechte war schon vor dem Kriege ein Problem, das lebhaft diskutiert wurde“, da müssen wir an das Widersinnige denken, wenn die Mitglieder sich selbst ihre Rechte beschneiden und sich in einer Weise entwürden, wie es auch die reaktionärste Armenpflege nicht zu vollbringen vermag. Ganz zutreffend heißt es in dieser Hinsicht in dem Artikel: „Selbst bei der besten Regelung der Arbeitsvermittlung werden aber noch Beschäftigungslose übrigbleiben.“ So unfehlbar ist auch das Hilfsdienstgesetz nicht, um über diese Tatsache hinwegzuhelfen. Darum ist auch der Schluß des Artikels gar nicht etwa unzeitgemäß: „Wir müssen bestrebt sein, die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung auszubauen.“

Was möchten namentlich jene Kollegen bedenken, die das Glück haben, in langdauernder Stellung ihren sicheren Arbeitsplatz gefunden zu haben. Ohne jede Spitze gegen irgendwen, kann es ganz ruhig ausgesprochen werden, daß diese dauernden Stellungen doch nur dadurch zu dauernden werden, daß ein anderer Teil der Kollegen die Lasten des Konjunkturwechsels trägt und dabei öfter, als ihm lieb ist, arbeitslos wird. Daß gerade diese Kollegen nicht zu den schlechtesten gehören, hat die Erfahrung oft genug gezeigt. Ausnahmen kommen, wie überall, auch hier vor, doch sind diese kein Anlaß, dem Ausbau des Unterstützungswezens hindernd in den Weg zu treten.

Was nun diesen Ausbau selbst anbetrifft, so scheint die in Nr. 39 veröffentlichte Vorlage des Hauptvorstandes wenig Aussicht zu haben, angenommen zu werden. Das ist auch gar kein Wunder, denn um den Belz zu waschen,

muss man ihn auch nachmachen. Das heißt, für alle die zu- tage getretenen Wünsche ist die vorgeschlagene Beitrags- erhöhung noch zu klein.

Da soll z. B. die um mehr als 100 Prozent gesunkene Kaufkraft des Geldes durch entsprechende Erhöhung der Unterstellungen ausgeglichen werden. Ferner soll ein ganz besonders starker Fonds für die voranschreitenden Abwehr- kämpfe angeflammt werden, aber dabei wollen die Zahl- stellen ihre finanzielle Bewegungsfreiheit, die sich so glän- zend bewährt hat, auf alle Fälle behalten.

Wollen wir das alles durchführen, so müssen wir getrost die Beiträge auf das Doppelte der bisherigen erhöhen. Wenn wir das nicht, so müssen eben einer oder mehrere der angeführten Punkte vernachlässigt werden, oder die ganze Umwälzung bleibt ein Stückwerk, das niemand befriedigt und besser unterbleibt; denn gewöhnlich fehlt es an der Objektivität, die Ursachen solcher Mängel einzusehen. Mei- stens wird als Ursache der Mangel an gutem Willen an- genommen. Dies letztere aber zu Unrecht. Denn wenn ich mit zwei Meter Stoff zum Schneider gehe und daraus einen Anzug für einen erwachsenen Mann bestelle, so ist das ent- weder ein unbilliges Verlangen oder der erwachsene Mann ist ein Zwerg.

Mit einem Staffelbeitrag von 1 Mk. an bis zu 2 Mk. als Höchstbeitrag wagen aber nur wenige zu rechnen, weil viele Kollegen (namentlich die Einklassierer, die doch die meiste Fühlung mit den Mitgliedern haben) Mitglieder- sticht befürchten. Und doch wäre das annähernd jene Grenze, innerhalb welcher all den vorgebrachten Wünschen sich einigermaßen Rechnung tragen ließe. Ist es für eine derartige Beitragserhöhung noch zu früh, so muß man sie doch für spätere Zeiten ins Auge fassen und die jetzigen Forderungen schon darauf zuschneiden, daß jene Grenze wenigstens später in einem mehrmaligen Beitragszuschlag erreicht werden kann, ohne jedesmal eine Umwälzung des Verbandslebens herbeizuführen; andernfalls bleibt der ge- wünschte Ausbau Zukunftsmusik.

Im großen und ganzen hat sich die jetzige Organisation des Verbandes so gut bewährt, daß zu Verschiebungen in den Befugnissen der einzelnen Instanzen kein eigentlicher Anlaß vorliegt. Da nun die eigentlichen Verwaltungskosten (die zentralen und auch die örtlichen) durch die jetzigen Bei- träge schon gedeckt sind, so würde jede Beitragserhöhung für die aktive Betätigung des Verbandes freibleiben und könnte zur Hälfte für den Ausbau des Unterstützungswezens und zur anderen Hälfte für den Abwehrfonds verwendet werden. Bei jedem weiteren Zuschlag wäre wiederum so zu ver- fahren. Vor den einzelnen periodischen Zuschlägen brauchte kein Mitglied Angst zu haben, weil sie jeweilig von der Zu- stimmung der Mitglieder abhängen. Das Ganze wäre dann kein Sprung ins Dunkle, sondern eine Sache der Bewäh- rung, und ich weis gar nicht daran, daß die Einsicht unter den Mitgliedern schnell heranreifen würde, daß sie für ihren jeweiligen Beitrag auch eine entsprechende Gegen- leistung erhalten. Auf diese Weise würde auch den beiden Hauptströmungen innerhalb des Verbandes Rechnung ge- tragen, von denen die eine die agitatorische und die haus- wirtschaftliche Bedeutung des Unterstützungswezens hervor- hebt, während die andere der finanziellen Küftung zur Ab- wehr der Angriffe auf die volkswirtschaftliche Stellung der Mitglieder das Wort redet.

Otto Reusch (Düsseldorf).

Als Vertreter einer mittleren Zahlstelle will auch ich meine Ansicht über die Vorstandsvorlage äußern. Vor allen Dingen kann ich mich mit dem Bestreben der Vorlage, die Zentralgewalt des Verbandes noch zu verstärken, nicht ein- verstanden erklären. Die Ortsverwaltungen und die Mit- gliedschaften hatten bisher über ihre Lokaleinnahmen und deren Verwendung selbst zu bestimmen. In diesem Recht lag bisher etwas Erlaß für diejenigen Bestimmungen, welche faktuarisch festgelegt oder Vorstandsstechte waren, es war eben etwas Selbstverwaltung, damit haben sich die Mit- glieder zufrieden gegeben. Nach der Vorstandsvorlage soll aber die Zentralgewalt derartig verstärkt werden, daß für die Ortsverwaltungen und die Mitgliedschaften nur das „Ja und Amen“ übrigbleibt. Wer kann heute wissen, ob mit dieser Gewalt nicht einmal ein großer Mißbrauch getrieben wird, und diejenigen Mitglieder, die sich dagegen auflehnen, wegen bei der ersten besten Gelegenheit mit der Begrün- dung aus dem Verband, daß sie die Verbandsinteressen ge- schädigt haben. Sagte doch schon vor mehreren Jahren ein Vorstandsmittglied bei einer Streitfrage zu mir: „Wie hat da ein erfolgsvorsprechendes Mittel, auch zu zwingen, wir Herren einzupf.“ Die Recht mußte also entscheiden. Gerade die Bestimmungen unter Nr. 5 sind so kraß, daß sie unbe- dingt gestrichen werden müssen.

Ueber die finanzielle Wirkung der Vorstandsvorlage hat ja der Kollege Schmidt (Köln) Aufklärung gebracht, ich möchte mich seinen Ausführungen an. Ueber die Kranken- unterstützung sind wir in den mittleren und kleineren Städten aber anderer Ansicht als der Kollege Reusch (Berlin). In den kleineren Städten findet der Arbeits- witzel nicht in dem Maße statt wie in den größeren, des- halb wird auch die Arbeitslosenunterstützung nicht so stark in Anspruch genommen. Anders liegen die Dinge in Krank- heitsfällen. Es wird fast jeder Kollege mal krank, und dann ist es für denselben eine angenehme Hilfe, wenn er vom Verband einen Zuschuß zu seinem Krankengeld erhält, um so mehr, als bekanntlich die Krankenkassen im allgemeinen nicht viel mehr als 50 Prozent des wirklichen Arbeitsver- bandes als Unterstützung zahlen. Die Kassenspenden sind an gesetzliche Bestimmungen gebunden, und der Einfluß der Zahlstellen kommt dabei auch in Frage. Also für Verkei- mung der Krankenkassenunterstützung möchte ich entschieden im Interesse der mittleren und der kleineren Zahlstellen ein- treten. Der Charakter des Verbandes braucht darunter nicht zu leiden.

Es soll nun eine Urabstimmung über die Vorlage statt- finden. So wie dieselbe jetzt beschaffen ist, muß sie einge- schickt werden. Wenn aber die Zustimmung aus denselben Gründen zweifelhaft ist, so möchte ich die Bestimmung unter 5 nicht durchsetzen und die Unterstützungsätze für Arbeits-

lose, Streiks, Meiß und Gemahregelte entsprechend erhöht werden. Ob man ohne Verbandsrat derartig einschnei- dende Änderungen vornehmen kann, erscheint mir bedent- lich; besser wäre es wohl, wenn die ganze Neuorientierung bis nach Friedensschluß vertagt wird, um so mehr, als man doch noch nicht weiß, wie die Zukunft sich gestaltet. Im übrigen bin ich stets ein Anhänger von Staffelbeiträgen ge- wesen, habe mich auch auf dem Verbandsrat in München nicht vom Kollegen Zelpart bekehren lassen. Heute ist nun wohl der Vorstand der Betreuer. Mit der Einführung von sechs Klassen bin ich einverstanden, aber für die Beitrags- sätze, wie sie in Vorschlag gebracht werden, kann und muß mehr an Unterstützung geleistet werden.

Man nigel (Vernburg).

Soziales.

Spaltungen in der Arbeiterklasse.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht Georg Horn im „Fachgenossen“, dem Organ des Glasarbeiter-Verbandes, einen aufsehenerregenden Artikel, in dem er mit warmen Worten für die Befestigung des Bruderzwistes und für die Einigkeit der Arbeiterbewegung eintritt. Er beklagt auf das tiefste „das unheilvolle Zerwürfnis in der Partei und seine ebenso unheilvolle Nachwirkung auf die gewerkschaft- liche Bewegung“.

Wir haben den Aufsatz mit aufrichtiger Befriedigung ge- lesen. Der Reichstagsabgeordnete Horn ist ein alter Ge- werkschafter, der den Schaden, den die Spaltung für die Ge- werkschaften und für die Bestrebungen zur Hebung der wirt- schaftlichen Lage der Arbeiter im Gefolge hat, deutlich er- kennt. Er selbst gehört zu der Gruppe, die sich im Reichstag von der sozialdemokratischen Fraktion abgesplittert hat, und er ist jetzt Mitglied der Fraktion der Unabhängigen. In den maßgebenden Kreisen dieser Fraktion ist zurzeit noch keine große Neigung für den Wiederzusammenschluß zu spüren. Im Gegenteil, der Kampf der „Unabhängigen“ richtet sich so gut wie ausschließlich gegen die alte Partei. Aber gerade deshalb erfordert die Stimme des alten Horn volle Beachtung.

Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei, der so- eben in Würzburg abgehalten wurde, hat sich mit über- wältigender Mehrheit, gegen nur 7 Stimmen, für die Wiederherstellung der Parteinheit ausgesprochen. Dabei wurde allerdings mit gutem Grund daran gezwifelt, ob der Wille zur Verständigung in gleicher Stärke auch auf der anderen Seite vorhanden ist. Die Hornsche Rundgebung ist ein erfreulicher Lichtblick in dieser Situation, und es wäre dringend zu wünschen, daß seine Auffassung von recht vielen seiner Parteigenossen geteilt würde. Der Schaden, den die Spaltung verursacht hat, ist groß genug, es ist hohe Zeit, daß der Bruderzwist begraben wird, ehe er noch höhere Wellen schlägt und nicht wieder gutzumachendes Unglück anrichtet.

Erhöhung der Fahrpreise.

Mit überfallender Schnelligkeit ist die vor kurzem an- gekündigte Erhöhung der Fahrpreise für die Benutzung von Eil- und Schnellzügen in Kraft gesetzt worden. Vom 18. Oktober an wird neben dem tarifmäßigen Schnell- zugsfahrpreis eine Ergänzungsgebühr erhoben, welche be- trägt: bei einem Fahrpreise bis 5 Mk. 3 Mk., über 5 bis 10 Mk. 8 Mk., über 10 bis 15 Mk. 13 Mk., über 15 bis 25 Mk. 20 Mk., über 25 bis 35 Mk. 30 Mk., über 35 bis 45 Mk. 40 Mk., über 45 bis 55 Mk. 50 Mk. usw. um je 10 Mk. steigend.

Durch diese Verfügung ist das Reisen in Eil- und Schnell- zügen — auch die bisher zuschlagsfreien Eilzüge fallen unter die neue Bestimmung — um mehr als das Doppelte des seitherigen Preises erhöht. Die Personenzüge werden durch die neue Bestimmung nicht berührt, doch soll auch deren Zahl beschränkt werden. Der Zweck der Verteuerung des Reisens ist eine Einschränkung des Personenverkehrs zugunsten des Güterverkehrs. Das rollende Material muß sich ab, durch die Ausdehnung des Betriebes auf die besetzten Gebiete wird es auch stärker in Anspruch genommen. Der Personal- bestand ist verringert und zu einem erheblichen Teil durch minderleistungsfähige Frauen ersetzt, und dazu kommt, wohl als wichtigster Grund, der Kohlenmangel. Deshalb soll auch die Heizung der Züge beschränkt werden.

Man kann die Gründe für die einschneidenden Maß- nahmen anerkennen, ohne diese selbst als die beste Lösung der schwierigen Aufgabe zu betrachten. Das Reisen ist jetzt schon mit so vielen Unannehmlichkeiten verknüpft, daß nur der eine Reize unternimmt, der es unbedingt muß. Der wohlhabende Teil der Bevölkerung, die Kriegsgewinner, werden durch die Verdoppelung des Fahrpreises nicht von der Benutzung der Schnellzüge abgejährt werden. Die anderen werden auf die Personenzüge übergehen, so daß diese künftig noch mehr überfüllt sein werden als seither. Bei großen Entfernungen wird für eine Reise viel mehr Zeit geopfert werden müssen, wenn man die hohen Kosten für die schnellfahrenden Züge nicht aufbringen kann. Dabei wurde wieder die günstige Gelegenheit verpaßt, durch die Befestigung der vielen Klassenunterschiede auf der Eisen- bahnen die Züge vollkommener auszunutzen. Die Verteuerung der Eisenbahnfahrpreise ist eine von den vielen Unannehm- lichkeiten, die uns der Krieg gebracht hat. Leider ist die Hoffnung, daß uns ein baldiger Friede von ihnen erlöst, nicht sehr groß.

Brotstredung.

Man ist es bereits gewohnt, daß jede neue Nachricht, die unsere Lebensmittelversorgung betrifft, eine Unglücksbot- schaft ist. So wird jetzt mitgeteilt, daß die im August vor- genommene Entschärfung ein ungünstiges Ergebnis ge- zeigt habe. Die Mischration von 220 Gramm pro Kopf und Tag, die unterer Brotverteilung zugrunde liegt, kann nicht aufrechterhalten werden. Sie wird vom 1. November an auf 200 Gramm vermindert. Um aber die Protration nicht herabsetzen zu müssen, wird das Brot verschlechtert; es soll mit 10 Prozent Kartoffeln gestreckt werden. Zunächst wer- den feine Kartoffeln in das Brot hineingebaden. Bis zum

1. Februar 1918 hofft man soviel Trockenkartoffelpräparate angefertigt zu haben, daß zum Strecken des Brotes von da- an Kartoffelmehl verwendet werden kann. Das Brot wird also schlechter, aber zum Ausgleich wird es teurer. Die Reichsgetreidestelle hat den Wehlpreis erhöht, und dieser Erhöhung folgt, in der Regel wohl mit einem gewissen Zu- schlag, auch der Brotpreis. In Berlin ist der Preis für 1950 Gramm Brot vom 15. Oktober an von 75 auf 83 Pf. erhöht; das ist eine Erhöhung um mehr als 10 Prozent. — Das ist die Schraube ohne Ende. Es wird immer wieder von der Notwendigkeit gesprochen, die Lebensmittelpreise abzubauen. In Wirklichkeit klettern aber die Preise immer höher. Die Geduld des arbeitenden Volkes wird auf eine schwere Probe gestellt.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Der Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Kon- sumvereine für das Jahr 1916 liegt in zwei starken Bänden vor. Der Herausgeber Heinrich Kaufmann gibt darin ein Spiegelbild der deutschen Konsumgenossenschaftsbeweg- ung in allen ihren Teilen und bis in die kleinsten Einzel- heiten. Wie im Vorjahr, werden auch jetzt wieder die Maß- nahmen zur Sicherung der deutschen Volksernährung aus- führlich behandelt. Daran schließen sich Abhandlungen über die wirtschaftlichen Kämpfe der Genossenschaften sowie Uebersichten über die deutschen genossenschaftlichen Zentral- verbände und den Zentralverband der Konsumvereine. Ein besonderes Kapitel berichtet über die Zahl der angeschlosse- nen Vereine, von denen es am Jahresanfang 1917 2376 mit 2.750.000 Mitgliedern gab. Geht schon aus diesen Angaben die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Genossenschafts- bewegung hervor, so tritt sie noch stärker bei der erzielten Umsatzzahl in Erscheinung. Betrug diese doch rund 774 Millionen Mark. Von dem gesunden Fortschreiten des Ge- nossenschaftsgedankens zeugt auch die starke Entwicklung der Eigenproduktion auf 195 Millionen Mark. Der zweite Band bringt die Jahresberichte der neun Bezirksverbände und die stenographisch aufgenommenen Verhandlungen der Ver- bandstage.

Leider müssen wir es uns versagen, auf die Fülle des niedergelegten Materials näher einzugehen. Nicht nur der Volkswirtschaftler, sondern auch die in der Genossenschafts- bewegung tätigen Mitglieder finden für ihre Arbeiten alles Nötige mit großem Fleiß zusammengetragen. Im ganzen gewinnt man bei der Lektüre den Eindruck, daß die Kon- sumgenossenschaftsbewegung die lange Dauer des Krieges den Verhältnissen entsprechend wohl mit am besten über- standen hat. Der Bericht selbst atmet deshalb auch in allen Teilen freudige Zuversicht für die Zukunft.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Einschließlich des Lokalbeitrages beträgt der wöchent- liche Verbandsbeitrag in der Zahlstelle Gardslegen für männliche Mitglieder 65 Pf. und für weibliche Mit- glieder 30 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungs- nummer ist der 43. Wochenbeitrag für das Jahr 1917 fällig geworden.

Die Monatskarte über die Arbeitslosig- keit im Monat Oktober ist spätestens bis zum 2. No- vember an uns einzusenden. Im Interesse einer vollständigen Statistik sollte die rechtzeitige Berichterstattung von keiner Zahlstelle vernachlässigt werden. Zahlstellen, die über keine Arbeitslosigkeit zu berichten haben, senden die Mo- natskarte nur mit Angabe der Mitgliederzahl am Monats- schluß ein. (Die Karten sind mit 7½-Pfennig- marken zu frankieren.)

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als ver- loren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 179876 Ernst Brudner, Modelltschl., 27. 2. 87 zu Nürnberg.
- 738632 Otto Vandurski, Korbm., 7. 8. 84 zu Friedrichsdorf.
- 755761 Wilh. Werker, Holzarb., 20. 2. 76 zu Wittenwalde.
- 764482 Emma Möller, Korbflechterin, 2. 12. 99 zu Altona.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Berichte von den Gautagen.

Der Gautag in Erfurt.

Der am 14. Oktober in Erfurt abgehaltene Gautag war von 76 Delegierten besucht, darunter 5 weiblichen. Die Mitgliederzahl hat sich in den letzten Monaten um mehr als 1000 gesteigert, insbesondere hat sich auch die Zahl der weib- lichen Mitglieder stark erhöht. Daß diese der Verbands- sache lebhaftes Interesse entgegenbringen, beweist die Ent- sendung weiblicher Delegierten durch mehrere Zahlstellen.

Als Vertreter des Verbandsvorstandes nahm der Re- dakteur Kayser an den Verhandlungen teil, der die Vor- lage über die Erhöhung der Beiträge und der Unterstütz- ungen in längeren Ausführungen begründete. Die Notwendig- keit einer Beitragserhöhung wurde allseitig anerkannt; der- von Vertretern zweier kleiner Zahlstellen geäußerten Ver- sicherung, daß die Beitragserhöhung zu Mitgliederverlusten führen könne, wurde von den übrigen Delegierten ent- schieden widersprochen. Von verschiedenen Seiten wurde die Aufhebung der Lokalkassen bekämpft, und die meisten Redner waren der Meinung, daß die vorgeschlagenen Änder- ungen durchgeführt werden, der Anteil der Lokalkassen für Verwaltungskosten auf 20 Prozent der Beiträge erhöht werden müsse. Als grundsätzliche Gegner der Vorlage be- kannten sich nur die Delegierten aus Göttha, die für die Ablehnung der Vorlage als Ausdruck des geschwundenen Vertrauens zum Vorstand plädierten. Die in diesem Zu- sammenhang vorgetragenen Gedankengänge fanden aber auf der Konferenz keinerlei Widerhall. Wirkungsvoll trat ihnen besonders Kollege Becker (Bürgel) entgegen, der der Tätigkeit des Verbandsvorstandes volle Anerkennung zollte. Im gleichen Sinne äußerten sich noch mehrere Red-

ner. Von mehreren Seiten wurde bedauert, daß Gotha der Einladung zur letzten Städtekonferenz keine Folge geleistet habe, die bei allen Teilnehmern den besten Eindruck hinterlassen hat.

In der vorgenommenen Abstimmung erklärte sich die Konferenz gegen fünf Stimmen für eine Beitragserhöhung. Der Antrag auf Beibehaltung der Lokalkassen wurde abgelehnt, der Vorlage also in der Hinsicht zugestimmt, dagegen wurde beschlossen, für die örtlichen Verwaltungskosten 20 Prozent der Beiträge zur Verfügung zu stellen. Anträge, welche die Staffelung der Beiträge nach der Lohnhöhe des einzelnen Mitgliedes verlangten und die Beseitigung der Zustimmung des Vorstandes zur Wahl der Beitragsgeldklasse forderten, wurden abgelehnt. In der Aussprache waren die vorgeschlagenen Unterstützungssätze bemängelt worden. Die Konferenz sah davon ab, bestimmte Anträge zu formulieren, und beauftragte den Vertreter zur Statutenberatungskommission, im Sinne der geäußerten Wünsche zu wirken. Als Vertreter des Erfurter Gaues in dieser Kommission wurde Kollege Wehler (Bürgel) gewählt. M. K.

Der Gantag für den Gau Hamburg

tagte am 14. Oktober im Gewerkschaftshaus in Hamburg. Derselbe war besucht aus 29 Zahlstellen von 41 Delegierten und 1 Delegierten aus der Zahlstelle Bremen. Gauvorsitzer Billers leitete die Tagung ein mit einer Ansprache, wobei er mit warmen Worten der im Felde gefallenen Kollegen gedachte und auf den schweren Verlust hinwies, den wir und insbesondere der Gauvorstand durch den Tod der beiden Kollegen, des Gauvorsitzers Heinrich Buckendahl und C. Witzler, Schriftführer im Gauvorstand, erlitten haben.

Ueber die Vorlage des Vorstandes referierte Kollege Neumann. In der anschließenden Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Kollegen die grundsätzlichen Veränderungen, wie sie in der Vorlage enthalten sind, für notwendig halten. Doch sei die Zeit der Durchberatung zu kurz und daher notwendig, das Inkrafttreten hinauszuschieben. Einige Redner wünschten sogar, die Erledigung der Vorlage bis nach Beendigung des Krieges zu vertagen. Auch kam die Sorge um die Bewegungsfreiheit der Zahlstellen zum Ausdruck, die allzusehr vom Vorstand abhängig würden. Zu den Anträgen des Vorstandes lag eine Reihe erheblicher Abänderungsanträge vor, die in ihrer großen Mehrheit abgelehnt oder der Statutenberatungskommission zur Beachtung empfohlen wurden.

Einstimmige Annahme fand ein Antrag der Zahlstelle Hamburg, wonach den Zahlstellen 25 Prozent der vereinbarten Wochenbeiträge verbleiben können. Des ferneren wurde beschlossen, dem Punkt 5 hinzuzufügen: „Die beim Inkrafttreten der Vorlage vorhandenen Lokalkassenvermögen verbleiben den Zahlstellen bis zu der Höhe eines Betrages, der die durchschnittlichen Jahresausgaben für Verwaltungskosten der Jahre 1912 und 1913 um 50 Prozent übersteigt.“ Ein Antrag der Zahlstelle Hamburg, den Termin des Inkrafttretens der Vorlage um drei Monate hinauszuschieben, wurde ebenfalls angenommen. Als Mitglied in die Statutenberatungskommission wurde Kollege Bloede (Hamburg) gewählt. O. R.

Der Gantag für den Gau Hannover

fand am 14. Oktober in Hannover statt. Die Stellungnahme des Gantages zu der Vorlage des Vorstandes ergibt sich aus den folgenden Beschlüssen, die zu den einzelnen Grundfragen der Vorlage gefaßt wurden. Der Erhöhung des Beitrages und der Einführung von Staffelebeiträgen wurde einstimmig zugestimmt; die Festsetzung der Beitragsklassen soll nach der Vorlage des Vorstandes erfolgen. Weiter wurde mit 19 gegen 13 Stimmen beschlossen, daß die lokalen Zuschläge zur Verbandsunterstützung von der Verbandskasse übernommen werden sollen. Dagegen erklärte sich der Gantag gegen eine Aufrechnung der Arbeitslosenunterstützung mit der Krankenunterstützung. Einige Anträge aus den Zahlstellen, die eine von der Vorlage etwas abweichende Regelung einzelner Unterstützungssätze wünschten, wurden der Statutenberatungskommission als Material zur Erwägung überwiesen. Endlich fand noch ein Antrag von Hannover Annahme, der sich auf die Fragestellung für die Urabstimmung bezieht. Als Delegierter in die Statutenberatungskommission wurde Kollege Verbe (Hannover) gewählt. W. Sch.

Der Gantag in Frankfurt a. M.

Am Sonntag, dem 14. Oktober, tagte im „Eleinernen Haus“ in Frankfurt der Gantag des Gau Frankfurt. Derselbe war von 32 Zahlstellen durch 63 Delegierte besucht. Eine Reihe ganz kleiner Zahlstellen hatte von einer Bescheidung Abstand genommen. Unter den Delegierten war zum erstenmal eine Kollegin, delegiert von der Zahlstelle Darmstadt, vertreten. Ein Beweis dafür, daß auch die in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiterinnen zu begreifen beginnen, daß die Organisation auch für sie eine Notwendigkeit ist.

Der Gauvorsitzer, Kollege Heinemann, eröffnete den Gantag und widmete in seiner Begrüßung den bis jetzt in diesem grauen Völkermorden gefallenen Kollegen warme Worte der Anerkennung für ihre Tätigkeit innerhalb unserer Organisation. Leider sei auch unser Kollege Weidner nicht in der Lage, an den Beratungen teilzunehmen, da er ebenfalls bereits seit Juni d. J. zum Militär einberufen ist. Nach vollzogener Konstituierung des Gantages erstattete Kollege Heinemann den Bericht des Gauvorstandes, der ohne Debatte entgegengenommen wurde. Zu der Vorlage des Vorstandes betreffend Staffelebeiträge und Erweiterung unserer Unterstützungseinrichtungen hatte als Vertreter des Vorstandes unser Hauptkassierer, Kollege Fritz König, das Referat übernommen. In etwa einstündiger Rede begründete Redner die Stellung des Vorstandes zu dieser äußerst wichtigen Frage. Der Vorstand beachtete in der Hauptsache, die Finanzkraft des Verbandes, welche durch Auszahlung von nahezu 7 Millionen Mark Unterstützung während der Kriegszeit geschwächt wurde, wieder zu stärken sowie eine Zentralisierung unserer ganzen Kassengeschäfte vorzunehmen. Der Höhe der Beiträge entsprechend, sind auch die Unterstützungen höher bemessen werden. Best sei

es an der Zeit, unsere Organisation so auszubauen, daß sie kommenden wirtschaftlichen Kämpfen gewachsen sei. Noch kann niemand bestimmen sagen, wie sich die Verhältnisse nach Friedensschluß gestalten werden, das eine steht jedoch fest, daß wir auf alle Fälle schwere wirtschaftliche Kämpfe zu erwarten haben. An diese Ausführungen schloß sich eine äußerst lebhaft und ebenso sachliche Diskussion, in welcher die große Mehrzahl der Redner die Vorlage des Vorstandes als zu weitgehend bezeichneten. Die Beseitigung der Lokalkassen und damit auch der Lokalkassen wurde nahezu einstimmig abgelehnt. Von sämtlichen Rednern wurde die Notwendigkeit, die Finanzkraft des Verbandes zu stärken, anerkannt, jedoch seien die in der Vorlage des Vorstandes geforderten Beiträge entschieden zu hoch gegriffen. Wenn es uns dank unserer Organisation gelingen sei, Lohn erhöhungen sowie Teuerungszulagen zu erringen, so sind dieselben jedoch nicht so hoch, um derartig hohe Beiträge zu rechtfertigen. Dabei fällt noch schwer ins Gewicht, daß unsere Kollegen für die Ernährung eine ungeheure Summe aufwenden müssen, so daß von einer vermehrten Einnahme nicht allzuviel zu merken ist. Auch werden die Unternehmer nach Friedensschluß einen großen Prozentsatz der Teuerungszulagen wieder zu beseitigen suchen, so daß die hohen Beiträge von unseren Kollegen kaum geleistet werden können. Die Vorlage lasse wenig von demokratischem Geist merken. Der Gantag in der Mehrheit faßte die Vorlage als ein Attentat auf die Bewegungsfreiheit der Zahlstellen auf und erklärte ein solches Vorgehen als den Zeitverhältnissen nicht entsprechend. Bei den nun folgenden Abstimmungen wurde die Vorlage des Vorstandes mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt. Eine Abstimmung über die gestellten Abänderungsanträge erübrigte sich nunmehr.

Ein von Vertretern einer Reihe von Zahlstellen gestellter Antrag zur Neuregelung der Beiträge und der Unterstützungen wurde mit 53 gegen 10 Stimmen angenommen.

In die Statutenberatungskommission wurde Kollege Paul Belkner (Frankfurt a. M.) gewählt. R. M.

Gantag in Stuttgart.

Zum erstenmal im Kriege traten die Vertreter des Gaues Stuttgart zu einer Beratung zusammen, und zwar, um eine wichtige Frage zu beraten, die eine vollständige Revolutionierung im inneren Verbandsleben herbeiführen soll. Der Gantag schien während der langen Kriegsdauer selbst gealtert. An Stelle der jungen kräftigen Gesellen sahen heute zum Teil alte, von der Arbeit gebeugte Gestalten, um über das Wohl des Verbandes zu beraten. Die Vorlage des Hauptvorstandes wurde von ihrem „Vater“, dem Kollegen Leipart, in klarem, verständigem Vortrag den Anwesenden auseinandergesetzt. Gegen diese Vorlage wandten sich mit großer Schärfe die Vertreter der Zahlstelle Stuttgart. Sie wurden zu Beginn der Debatte von den Vertretern vieler anderer Zahlstellen kräftig unterstützt. Nach heftigem Hin und Her wurde es aber den Delegierten klar, daß die Stuttgarter, die selbst eine Beitragserhöhung ohne Er-

höhung der Unterstützungssätze vorschlugen, einen hintergedankten hatten. Sie wollten ihre Lokalkasse vor den „einknechtenden“ Händen des Hauptkassierers retten. Sie schlugen deshalb eine Resolution vor, in welcher die Vorlage des Vorstandes abgelehnt und dafür empfohlen wird, zur Stärkung der Verbandskasse und zur Erhöhung der Streikunterstützung ab 1. Januar einen wöchentlichen Extrabeitrag von 20 Pf. zu erheben, die Regelung der Angelegenheit im übrigen aber einem Verbandstag zu überweisen.

Nun war es den Kollegen Leipart und Götzfried ein leichtes, die Vorlage des Hauptvorstandes zu retten. Sie wurde mit allen gegen fünf Stimmen angenommen. Zum Mitglied der Statutenberatungskommission wurde Kollege Meyer (Stuttgart) gewählt. L. M.

Lohnbewegungen und Teuerungszulagen.

Die Lohnbewegung auf den Seeschiffswerften.

Ueber den Stand der Lohnbewegung auf den Werften, die sich nun schon seit einigen Monaten hinzieht, wurde am 15. Oktober in Hamburg in einer sehr stark besuchten Versammlung der Werftarbeiter berichtet. Im August hatten sich die Werftbesitzer bereit erklärt, die Einstellungs- und Stundenlöhne um 2 Pf. zu erhöhen und am 1. Dezember weitere 2 Pf. zu bewilligen. Dieses Angebot haben die Arbeiter als unzureichend abgelehnt. Die Gewerkschaftsvorstände haben darauf eine umfangreiche Denkschrift an das Kriegsamt gerichtet und dessen Vermittlung nachgesucht. Noch ehe dieses eingegriffen hatte, boten die Unternehmer neue Verhandlungen an. Diese begannen am 4. Oktober. Am 11. Oktober machten die Unternehmer ihr letztes Angebot, welches im wesentlichen besagt, daß die Einstellungen- und die Stundenlöhne in der letzten Oktoberlohnung, der letzten Lohnung vor Weihnachten, und in erster Lohnung im April um je 2 Pf. erhöht werden. In einer Konferenz der Gewerkschaftsvertreter wurde beschlossen, dieses Angebot den Arbeitern zur Annahme zu empfehlen. In der Versammlung begegnete das Angebot jedoch seiner geringfügigkeit wegen allgemeinem Unwillen. Schließlich wurde es mit großer Mehrheit abgelehnt, und die Gewerkschaftsvorstände wurden beauftragt, sich erneut an das Kriegsamt zu wenden.

Aus der Holzindustrie.

Otto Schulze gestorben.

Eines unserer eifrigsten Verbandsmitglieder, der Vergolder Otto Schulze, ist am 20. Oktober 1917 plötzlich an den Folgen einer Darmverschlingung, hervorgerufen durch Unterernährung, im Alter von 60 Jahren verstorben. Damit hat ein arbeitsreiches Leben seinen Abschluß gefunden. Allen Zweigen der Arbeiterbewegung hat der Verstorbene in selbstloser Weise gedient. Aber zu besonderem Dank sind ihm seine engeren Berufskollegen verpflichtet. Für sie wirkte er mit der ganzen ihm innewohnenden Kraft.

Arbeitslosigkeit im 3. Quartal 1917.

Table with columns for Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, and Unterstüzung haben erhalten. It lists data for various Gaues like Danzig, Stettin, Breslau, Berlin, etc., across different quarters.

Im 3. Quartal meldeten sich insgesamt 5050 Mitglieder arbeitslos, gegen 4918 im vorigen und 8209 im 3. Quartal 1916. Im Verhältnis zur gesamten Mitgliederzahl waren im Berichtsquartal nur 5,7 Prozent arbeitslos, gegen 6,3 Prozent im Vorquartal und 11,9 Prozent im 3. Quartal 1916.

Der Prozentsatz der Mitglieder, die am letzten Tage des Quartals arbeitslos waren, betrug 0,47, gegen 0,60 im Vorquartal und 1,0 im Vergleichsquartal des Vorjahres.

Der Gau Berlin hatte von allen Gauen den höchsten Prozentsatz aufzuweisen, er betrug 18,1 (17,8 im Vorquartal), ihm folgten Hamburg mit 7,5 (7,8), Leipzig 5,7 (5,4), Hannover 4,4 (6,5), Breslau 4,2 (4,5), München 2,3 (2,2), Nürnberg 1,7 (3,2), Dresden 1,6 (1,9), Magdeburg 1,2 (1,6), Düsseldorf 1,2 (0,9), Frankfurt 1,2 (1,5), Erfurt 1,0 (2,2), Danzig 0,6 (1,9), Stettin 0,5 (1,5), Stuttgart 0,3 (1,0).

Ueber den Reichsdurchschnitt von 0,47 Prozent geht die Zahl der am Quartalschluß verbleibenden Arbeitslosen nur in den Gauen Berlin mit 1,3, Leipzig mit 0,9 und Nürnberg mit 0,8 Prozent hinaus. Im Berichtsquartal belief sich der Zugang an Arbeitslosen auf 4585, gegen 4353 bzw. 7122 in den bezeichneten Vergleichszeiten.

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen beträgt 462, im vorigen Quartal 497 und im 3. Quartal 1916 909. Auf 100 Arbeitslose entfallen 9,1 Unterstützte, gegen 10,1 bzw. 11,1 in den angezogenen Vergleichszeiten.

In den einzelnen Gauen schwankt der Anteil der Unterstützten an der Gesamtzahl der Arbeitslosen zwischen 3,6

und 0,6 Prozent. Er beträgt im Gau Nürnberg 34,6, Stuttgart 31,6, Dresden 19,6, Frankfurt 17,3, München 15,5, Danzig 15,4, Breslau 15,2, Düsseldorf 10,6, Hamburg 10,5, Berlin 7,4, Leipzig 7,1, Erfurt 4,5, Magdeburg 4,3, Hannover 2,3 und Stettin 0,0 Prozent.

Die durchschnittliche Dauer der unterstützten Arbeitslosigkeit betrug 11,8 Tage, gegen 11,6 im vorigen und 11,4 Tage im 3. Quartal 1916. Der durchschnittliche Betrag der ausgezahlten Unterstützung betrug im Berichtsquartal 19,59 Mk., im vorigen Quartal 16,31 Mk. und im Vergleichsquartal des Vorjahres 15,37 Mk.

Von sämtlichen Gauen hatte der Gau Magdeburg mit 24,0 Tagen den höchsten Durchschnitt der unterstützten Tage aufzuweisen, gleichzeitig auch mit 40 Mk. den höchsten durchschnittlichen Unterstützungsbetrag. An letzter Stelle steht der Gau Stettin, der unterstützte Arbeitslose im verfloßenen Quartal nicht zu verzeichnen hatte.

Gegen das vorige Quartal ist der Betrag der Reiseunterstützung um 8,45 Mk. höher, gegen das 3. Quartal des Vorjahres um 1127,99 Mk. niedriger.

Bezüglich der Zahl der auf der Reise unterstützten Mitglieder ist wieder daran zu erinnern, daß es sich bei den Zahlen in der Tabelle in Wirklichkeit nicht um so viele Mitglieder handelt, da die reisenden Mitglieder so oft mehrfach gezählt werden, als sie in mehr als einer Zahlstelle Unterstützung erheben.

Der Vorstandsvorstand.

Als Mitglied des Vorstandes des Verbandes der Vergolder Deutschlands und, nach erfolgtem Uebertritt in den Deutschen Holzarbeiter-Verband, als Branchenleiter der Zahlstelle Berlin wie auch als Mitglied der Zentralkommission der Vergolder hat er sich um die Hebung der Lebenslage seiner Kollegen große Verdienste erworben. Otto Schulze gehörte zu denen, die sich weder Ruhe noch Erholung gönnten, die immer und zu jeder Zeit bereit sind, ihre ganze Person den Klagen der Kollegen zur Verfügung zu stellen. Möge seine rastlose Tätigkeit den anderen Kollegen ein Ansporn sein, es ihm gleichzutun. Sein Andenken wird bei allen unvergesslich sein, die den guten Kollegen und lauterem Charakter schätzen lernten.

Die Vereinigten Pinselfabriken in Nürnberg haben in dem am 30. Juni zu Ende gegangenen Geschäftsjahr einen ganz respektablen Gewinn erzielt. Früher hat die Gesellschaft regelmäßig 15 Prozent Dividende auf das 3/4 Millionen Mark betragende Aktienkapital verteilt, in den letzten drei Jahren mußten sich die Aktionäre mit 6 Prozent zufrieden geben. Dabei war aber die Herabsetzung der Dividende im Jahre 1913/14 hauptsächlich durch starke Abschreibungen auf Auslandsforderungen verursacht; der Fabrikationsgewinn hatte in jenem Jahre mit 1.238.240 Mk. den des vorausgegangenen Jahres noch überschritten. In den beiden folgenden Jahren ging dann der Fabrikationsgewinn auf 427.539 Mk. und 550.640 Mk. zurück, er hat sich aber im Berichtsjahre wieder auf 927.174 Mk. gehoben. Als Reingewinn werden im letzten Geschäftsjahr einschließlich des Vortrages 534.708 Mk. nachgewiesen, wovon als Anteilen 73.635 Mk. und als Gratifikationen 25.000 Mk. verteilt werden. Die Aktionäre erhalten 375.000 Mk. oder 10 Prozent Dividende. Der Geschäftsbericht läßt erkennen, daß das Unternehmen recht günstig steht. Der Grundbesitz ist mit 1,87 Millionen Mark bewertet und mit 0,53 Millionen Mark Hypotheken belastet. Die Filiale in Linz steht mit 330.000 Mk., die in New York mit 270.000 Mk. zu Buch, dagegen sind die recht respektable Werte repräsentierenden Anwesen in Schopfloch sowie die Maschinen und Patente schon seit längerer Zeit ganz abgeschrieben. — Trotz des guten Standes des Unternehmens hat die Leitung, ähnlich wie die Bleistiftfabriken, sich arg geperrt, als es galt, den Arbeitern eine bescheidene Teuerungszulage zu bewilligen.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschafter im Großen Hauptquartier.

Die „Internationale Korrespondenz“ veröffentlicht den nachfolgenden Bericht des Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften:

In den letzten Wochen wurden von mehreren Stellvertretenden Generalkommandos Verordnungen erlassen, die geeignet sind, die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen einzuschränken und zum Teil völlig lahmzulegen. Diese Verordnungen gaben Veranlassung zu einer Eingabe an den Reichstagspräsidenten, zu Verhandlungen mit ihm und zu der Interpellation, die am 10./11. Oktober im Reichstage verhandelt worden ist.

Da seitens der Obersten Seeresleitung immer wieder darauf gedrängt worden ist, die Produktion für den Seeresbedarf in Deutschland zu erhöhen, während diese Verordnungen geeignet sind, die Produktivität einzuschränken, so halten die Gewerkschaften es für zweckmäßig, ihre Bedenken gegen solche Maßnahmen der stellvertretenden Generalkommandos dem Großen Hauptquartier vorzulegen.

Nachdem Vertreter der christlichen und der kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften zur Besprechung der gleichen Ange-

legenheit im Großen Hauptquartier empfangen worden sind, haben am 12. Oktober die beiden Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Legien und Dauer, gleichfalls die Beschwerden der Gewerkschaftsorganisationen im Großen Hauptquartier vorgetragen.

Nach einem kurzen Begrüßungsempfang durch den Generalfeldmarschall Hindenburg fand eine lange Verhandlung mit dem Generalquartiermeister Ludendorff statt. In dieser sind von den Gewerkschaftsvertretern in sachlicher Weise die Bedenken gegen die Verordnungen vorgetragen und auf die Rückwirkungen, die sie auf die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiterschaft ausüben müssen, aufmerksam gemacht worden. Auf die Bemerkung, daß diese Verordnungen auf die Einwirkung des Großen Hauptquartiers zurückzuführen seien, erklärte Exzellenz Ludendorff, daß dieses durchaus nicht der Fall sei. Im Gegenteil, das Große Hauptquartier anerkennt die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen und habe den Wunsch, daß deren Arbeit ungehindert fortgesetzt wird. Auf der andern Seite aber müsse man auch von der Arbeiterschaft erwarten, daß sie die schwere Zeit, die Deutschland in seiner Verteidigung gegenwärtig durchzumachen hat, zu würdigen verstehe und ihrerseits alles tue, um das, was das Heer braucht, mit Einsatz aller Kräfte herzustellen.

Die Verhandlungen dürften den Erfolg haben, daß eine baldige Abstellung der berechtigten Beschwerden der Arbeiterschaft herbeigeführt wird. Es ist daher dringend zu wünschen, daß die Arbeiterschaft auch dann, wenn sie Anlaß hat, durch Arbeitseinstellung den Widerstand und das unsoziale Verhalten der Unternehmer zu überwinden, keine unüberlegten Schritte tut, sondern zunächst die Mithilfe der Gewerkschaften und der durch das Hilfsdienstgesetz eingerichteten Instanzen in Anspruch nimmt. Jede Unterbrechung der Arbeitstätigkeit in der Rüstungsindustrie ist geeignet, die Widerstandskraft unserer an den Fronten stehenden Söhne unverantwortlich zu vermindern.

Die Lohnbewegung im Baugewerbe.

Die Vorstände der Gewerkschaften des Baugewerbes haben sich, wie bereits berichtet, an den Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe gewandt, um mündliche Verhandlungen über neue Teuerungszulagen in die Wege zu leiten. Der Arbeitgeberbund hat es abgelehnt, in Verhandlungen einzutreten. Die Arbeiterorganisationen haben darauf die Vermittlung des Reichsamts des Innern angerufen. Darauf ist ihnen ein vom 5. Oktober datiertes Schreiben des Ministerialdirektors Dr. Caspar zugegangen, in welchem dieser mitteilt, daß der Vorsitzende und der Generalsekretär des Arbeitgeberbundes im Reichsamt des Innern vorgespochen haben. Sie haben dort erklärt, daß sie unmittelbare Verhandlungen mit den Arbeitervertretern für zwecklos erachten, und daß sie, wenn das Reichsamt des Innern zu Verhandlungen einladen sollte, dort nur erklären könnten, daß sie solche für völlig aussichtslos halten. Bei dieser Sachlage muß das Reichsamt des Innern davon absehen, die Parteien zu laden.

Die Lage im Baugewerbe ist durch diese Haltung des Arbeitgeberbundes bedeutend verschärft worden. Die Arbeiterorganisationen können sich mit der Ablehnung der angebotenen Verhandlungen unmöglich abfinden; denn die Not zwingt sie, auf einer Erhöhung der Teuerungszulage zu bestehen. Die Vorstände der Gewerkschaften des Baugewerbes werden in den nächsten Tagen zu der nun geschaffenen Lage Stellung nehmen. Es sieht aus, als wolle es der Arbeitgeberbund wieder zu einem Konflikt treiben.

Der Fabrikarbeiter-Verband hielt am 9. und 10. Oktober eine Konferenz ab, an welcher Vorstand und Ausschuss sowie die Gew- und Agitationsleiter teilnahmen, und auf der wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Vom Vorstand wurde unter anderem die Einführung von Staffelleistungen vorgeschlagen. Es sollen sechs Beitragsklassen mit Beiträgen von 30 bis 80 Pf. eingeführt und die Unterstützungssätze entsprechend erhöht werden. Der Vorstand wurde beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten und im Verbandsorgan zu veröffentlichen. Die Beschlussfassung soll auf einem außerordentlichen Verbandstag erfolgen, der auf den 17. Dezember nach Hannover einberufen wird. Anträge auf Verbesserung der Gehälter der Angestellten oder um angemessene Teuerungszulagen wurden einer Kommission überwiesen, die den Vorstand machte, die Regelung der Gehälter dem Verbandstag zu überweisen, die Teuerungszulage aber auf 100 Mk. monatlich zu erhöhen. Diese Vorschläge wurden unverändert angenommen. Die Frage, ob die Heeresdienstzeit als Beitragszeit anzurechnen ist, wurde dem Verbandstag zur Entscheidung überwiesen. Von der Aufhebung des Beschlusses, Uebertritte aus einem Verband in einen andern während des Krieges nicht zu gestatten, der seinerzeit von der Vorstandskonferenz gefaßt wurde, aber auf Anregung der Generalkommission einer neuen Prüfung unterworfen wird, soll bei der voraussichtlich nur noch kurzen Dauer des Krieges abgesehen werden.

Im Buchbinder-Verband beschäftigte sich eine am 7. und 8. Oktober in Leipzig abgehaltene Gauvorsteherkonferenz unter anderem mit einer Erhöhung der Beiträge. Es wurde beschlossen, die Beiträge, die in den fünf Beitragsklassen jezt 20, 25, 35, 50 und 65 Pf. betragen, auf 25, 35, 50, 65 und 80 Pf. zu erhöhen. Die Durchführung der Beitragserhöhung ist so gedacht, daß die vom Vorstand auszuarbeitende Vorlage von einer elfgliedrigen Kommission durchberaten wird, die auf dem letzten Verbandstage zu einem ähnlichen Zweck gewählt wurde. Die endgültige Entscheidung erfolgt durch eine Urabstimmung, für die als Endtermin der 8. Dezember festgesetzt ist.

Im Hutmacher-Verband will der Verbandsvorstand jetzt von einer Erhöhung des Verbandsbeitrages absehen und die Beschlussfassung darüber einem künftigen Verbandstag vorbehalten. Dagegen hat eine Verbandskonferenz beschlossen, den Mitgliedern zu empfehlen, die Lokalbeiträge, zu deren Erhebung die Filialen durch Statut verpflichtet sind, zu erhöhen.

Im Lederarbeiter-Verband findet in der Zeit vom 22. Oktober bis 1. Dezember eine Urabstimmung über die von Vorstand und Ausschuss vorgeschlagene Beitragserhöhung statt. Vom 1. Januar an soll der Beitrag für männliche Mitglieder um 10 Pf., der für weibliche um 5 Pf. erhöht werden.

Literarisches.

Das Fachblatt für Holzarbeiter bringt im Oktoberheft Abbildungen von Arbeiten nach Entwürfen von A. Riemerschmid, Karl Bertsch, H. Niemeyer und Hermann Muthesius. Interessante Artikel von Rinkelmüller und Anger über Schreibische und perspektivische Zeichen sowie von M. Wernatsch über die Uhr als Zimmererschmuck vervollständigen den Inhalt. Das Heft ist wie immer reich illustriert.

Das Fachblatt kostet vierteljährlich 1,20 Mk. Verbandsmitglieder erhalten es bei Bezug durch die Ortsverwaltung für 1 Mk.

Die Glode, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Parnus Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68. Einzelhefte 30 Pf., vierteljährlich 3,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Gestorbene Mitglieder.

Karl Buselmeier, Tischler, 56 J., gest. in Mannheim.
Ludwig Stoll, Tischler, 66 J., gest. in Wilsb.
Georg Mörtel, Pinselfabrikant, 65 J., gest. in Nürnberg.
Franz Kornacker, 49 J., gest. in Wiesbaden.
Karl Dauer, 63 J., gest. in Wiesbaden.
F. Fuhr, 60 J., gest. in Wiesbaden.
Gottlieb Hahl, Maschinenarbeiter, 57 J., gest. in Stuttgart.
Christ Kitzel, Schreiner, 41 J., gest. in Stuttgart.
Martin Frhmann, Schreiner, 39 J., gest. in Stuttgart.
Julius Claus, Schreiner, 52 J., gest. in Stuttgart.
Cesarian Beder, Schreiner, 58 J., gest. in Mainz.

Ehre ihrem Andenken.

Dropellertischler
welcher sich mit Kapital tätig beteiligen kann, gesucht. Offerten an H. Klemke, Berlin, Dammstraße 11.

2 tüchtige Tischlergesellen
auf bessere eigene Herrschaft gesucht.
Erich Böcke, Baruth (Mark).

Tischler auf Herrenarbeit stellt sofort ein
O. Schürder, Großschönau (Sachsen).

Bau- u. Möbeltischler
auf Herrenarbeit stellt sofort ein
Erich Böcke, Baruth (Mark).

Süchtiger selbständig. Drechsler,
der auch Holzbearbeitungsmaschinen bedienen kann, wird gesucht durch die Zahlstelle Niesja, Goethestraße 80, I.

2 tüchtige Drechsler für sofort gesucht.
H. Reiter, Glessburg, Angelturber Straße 6.

Feiler, Schleifer und Kreisraspeler auf Schirmgröße verlangt Alphonse Ludwig & Co., Berlin D. 34, Gubener Straße 47.

Schleifer, Feiler und Zusammenseher suchen
C. & K. Redlich, Stockfabrik, Berlin, Ritterstr. 73.

Korbmacher auf 10-, 12- u. 15-cm-Geschloßkörbe sowie einen auf Reparatur- und Laderarbeit sucht Hauschild, Spandau, Charlottenstraße 10.

Korbmacher sucht nach Herrn. Freyboth, Dresden - A., Im See 31.

Süch-Borstenzurichter finden Beschäftigung.
Lederhaus Druck & Kasse G. m. b. H., Dampfroschhaarpinnerei und Haartzurichterei, Frankenstein (Sachsen).

1 Rotations-Kistendruckmaschine
(System Kirchner, Leipzig)
für Hand- u. Kraftbetrieb u. zweifach. Druck eingerichtet, wenig gebraucht, sehr preiswert abgegeben. Näh. bei Friedr. Brahm, Matuz.

Welche Firma liefert uns
gegen versändelmässigen Bezugschein
300 Zentner geschälte Weiden,
400 Zentner ungeschälte Weiden?
Geil, Angebotschriften
Carl & Althoff, Rohrwarenfabrik, Bernburg.

Fiber, weiss, gehechelt, per Zentner 1800,— Mark, gegen Kasse, auch in kleinerem Quantum, kauft
Jakob Kranzbühler, Bürstenfabrik, Ohligs (Rheinland).

Tischlerfachschule Detmold
Eigenes Schulgebäude Lagesche Straße 94
Kurzfristige Ausbildungskurse
Kriegsbeschädigte wenden sich wegen der Kosten der Ausbildung an ihre Fürsorgestellen
Bestellungen auf Zeichnungen jeder Art werden angenommen
Ankunft und Prospekt durch die Direktion B. Koltzner

Geschosskorbleisten
Erstklassiges Fabrikat fertigt an und liefert preiswert
K. HEINRICH THOMAS
Geschosskorbleistenbeschaffung
KREUZBURG (O.-S.).

Werkzeug - Neuheiten.
Preislisten gratis und franko!
Otto Bergmann, Berlin SO., Oppelnerstr. 31.

Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie.
Erstes Buch: Der Produktionsprozess des Kapitals, Volks-A. 768 S., Gebd. 6,50 Mk.
Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
Aus meinem Leben. Von August Bebel. 3 Teile gebunden 7,25 Mk., Gebd. 8,50 Mk.
Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.
Bermittelt vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 13. Oktober, bis Freitag, 19. Oktober 1917.
A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.
C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Tischler			Möbel-tischler			Maschinen-arbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C			
Berlin	18	—	38	37	20	—	51	31	—	42	15	—	20	—	2	83	—	94	186	20	256
Bremen	—	—	1	2	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	2	6	1	4
Breslau	1	2	—	3	5	—	—	—	—	6	—	—	2	—	—	—	—	2	6	21	1
Celle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz	5	2	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	5	6	2
Eilenburg	—	—	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	—	4	15
Genf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	—	—	—	—	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Saxford	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	4	—	—	—	10
Leipzig	1	—	1	11	38	—	—	—	—	5	8	—	1	4	—	—	—	—	—	—	—
Südbad	—	2	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	25	6	40	53	80	—	51	38	14	43	17	6	30	2	2	100	22	113	235	120	279
Son. Woche	9	10	35	58	78	—	45	43	7	41	12	6	29	2	1	123	15	111	247	115	261

NB. Unfreie Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.